attac

Ein, zwei ...
viele Bankenaktionstage!

Fotos: Fiona Krakenbürger

Zwei Jahre nach der Pleite der Lehman Brothers Bank ist die Krise nur für die Vermögenden vorbei. Die Kosten tragen nicht die Verursacher, sondern vor allem die Teile der Bevölkerung, die am wenigsten haben und sich am schlechtesten wehren können. Trotz der milliardenschweren Rettungspakete sämtlicher Industriestaaten blieben darüber hinaus eine grundlegende Reregulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte sowie eine tiefergehende Ursachenbekämpfung aus. Die nächste Krise wird kommen, keiner weiß jedoch wann und wo.

Es gibt genügend Gründe für Protest. Am 29. September 2010 hat der Europäische Gewerkschaftsbund erstmalig zu einem europaweiten dezentralen Aktionstag aufgerufen, um gegen die konzertierte Kürzungspolitik der europäischen Regierungen zu demonstrieren. In Spanien gab es einen Generalstreik und es gab größere Demonstrationen in vielen Ländern. In Deutschland fand dazu ein von Attac initiierter dezentraler Bankenaktionstag statt: In über 75 Städten gab es Aktionen unterschiedlichster Art in und vor Banken, von Kranzniederlegungen über Straßentheater bis zu Blockaden und Besetzungen. Und in der zehntausendfach verteilten Financial Crimes wurde aufgezeigt, dass es zu Sozialabbau und Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen durchaus Alternativen gibt. Dieser Aktionstag war ein erster Schritt zur Aneignung von Handlungsoptionen und Interventionsmöglichkeiten sozialer Bewegungen auf europäischer Ebene – doch weitere müssen folgen.

Im Herbst gibt es noch einige Gelegenheiten als soziale Bewegung zu zeigen, dass hier nicht einfach weiterregiert wird. Neben den aktuell laufenden Protesten gegen das milliardenschwere Unsinnsprojekt „Stuttgart 21“ sind die Castor-Proteste ein weiterer Termin, ein deutliches Zeichen gegen die unverantwortliche Atompolitik der Bundesregierung und die Machtinteressen der Energiekonzerne in Deutschland zu setzen. Am 13. November ist Aktionstag der Gewerkschaften und am 26. November, dem Tag der Abstimmung über das Kürzungspaket, wird in Berlin der Bundestag belagert. Und auch wenn am 18. Oktober jetzt doch keine massenhaften Menschenblockaden von Finanzzentralen in Frankfurt am Main stattfinden werden, ist in dieser Hinsicht noch nicht das letzte Wort gesprochen. Bankenaktionen können überall stattfinden, und die nächste Hauptversammlung der Deutschen Bank im Mai 2011 hätte auch einen Besuch verdient. Wie wär's?

Max Bank, Attac KoKreis
Matthias Schmelzer, Attac KoKreis bis Herbst 2010

Inhalt

Interview
PPP-Irrweg-Kampagne – 2 –
Hintergrund
Umverteilen statt kürzen – 3 –
Kongress „Jenseits der Wachstumsgesellschaft“ – 4 –
Gastkommentar
Integrationsrassismus und Alltagsresistenz – 5 –
Kalender
Rückblick und Ausblick – 6/7 –
Portrait
Berliner Wassertisch – 8 –
Attac Rüsselsheim – 8 –
Aktiv
Attac-Freundeskreise – 9 –
Publikationen
Financial Crimes, Attac-Basistext 34 – 10 –
Linked
Mailingliste
Attac-LeserInnenbriefe – 11 –

1 EUR 50

Gemeingut in BürgerInnenhand

PPP-Irrweg-Kampagne geht den nächsten Schritt

Public-Private-Partnership (PPP), diese Strategie zur Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser, Verkehrsmittel oder Strom ist auch dank der PPP-Kampagne von Attac bekannter geworden. Carl Waßmuth erzählt im Interview, wie es weitergeht.

Vor einem Jahr habt Ihr im Rundbrief Eure neue Kampagne vorgestellt: Seitdem hat PPP-Irrweg einen sehr erfolgreichen Weg hinter sich gebracht und steht heute vor einer neuen Etappe.
PPP steht für Öffentlich-Private-Partnerschaft und ist heute die gängige Weise, mit der die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen durchgezogen wird. Die Kampagne gegen diese Form der Enteignung der BürgerInnen ist hervorgegangen aus mehreren erfolgreichen Anti-Privatisierungskampagnen wie der gegen den Börsengang der Bahn oder dem Berliner Wassertisch, der mit einem Volksbegehren die Geheimverträge um den Verkauf der Berliner Wasserbetriebe erreichen will. Vor einem Jahr kannten nicht viele Leute den Begriff PPP. Nimmt man die Presseanfragen als Pulsmesser, haben wir heute einen ersten Höhepunkt in der Außenwahrnehmung erreicht.

Was hat Eure Kampagne so erfolgreich gemacht?
Am Anfang stand ein Misserfolg: Wir fanden uns vor dem Problem wieder, zu einem inhaltlich extrem komplexen Thema kampagnentaugliches Material zu erarbeiten. Wir haben uns da ganz gut verloren drin. Erst aus diesem Leidensdruck heraus haben wir im März 2010 zu einer kraftvollen Fokussierung gefunden, der Geheimhaltung der Verträge. Mit einer recht gelungenen Speakerstour haben wir dann lokale Gruppen erreicht – und das nachhaltig: Wo die Speakerstour Halt gemacht hatte, haben sich meist auch Leute an den Aktionswochen der PPP-Kampagne beteiligt. Und als drittes wichtiges Element sehe ich, dass wir von Anfang an eine halbe Stelle Kampagnenunterstützung finanzieren konnten. Das war für die Koordinierung und den Zusammenhalt der Kampagne ungemein wichtig.

Euer erstes Ziel, das Problem der PPP-Projekte in die Öffentlichkeit zu tragen, hat die Kampagne erreicht. Was ist der nächste Schritt?
Wir wollen eine dauerhafte Struktur schaffen, ein Vernetzungs- und Aktionsbüro mit dem Namen „Gemeingut in BürgerInnenhand". Mit Aktionsunterstützung und Pressearbeit soll das Büro den lokalen Initiativen helfen, sich gegen die flächendeckende Privatisierung der Daseinsvorsorge per PPP zur Wehr zu setzen. Unser Ziel ist es, PPP genauso zu delegitimieren wie die Cross-Border-Leasing-Verträge, für die die beteiligten Kommunen heute bluten müssen.

Was macht PPP für die Befürworter so attraktiv?
In den Verträgen geht es um öffentliche Investitionen, die man Privaten in die Hand gibt – ohne dass diese einen Cent selbst investieren. Attraktiv ist aber nicht allein die Erstellung, sondern vor allem der Betrieb und alle Anschlussaufträge, und das meist auf 30 Jahre! Mit der öffentlichen Hand als Zahlmeister ist das eine Maschine zum Gelddrucken. Man kann mit diesen Verbindlichkeiten sogar Handel treiben, unsere Gebühren von morgen gelten an den Börsen als sichere Anlageform.
Der Skandal heute ist, dass durch die Steuerpolitik die Kommunen völlig ausgeblutet sind. Und wenn die Kommunen sich an die Länder wenden, um für notwendige Investitionen Kredite zu bekommen, dann machen die Länder zur Auflage, dass diese oder jene Bereiche privatisiert werden müssen – eben mit Hilfe von PPP. Das Mogelpaket hat meist den Namen „Entschuldungsfonds für Kommunen". Das läuft ab wie bei den Strukturanpassungsprogrammen, die der IWF der so genannten Dritten Welt aufgezwungen hat. Und solange die Kommunen hier alleine auftreten, sind sie für die Erpressung anfällig. Gerade hier wollen wir ansetzen und die vielfältigen Gegenaktionen verknüpfen.

Wo trefft Ihr auf den härtesten Widerstand?
Ganz ehrlich: Wir treffen auf kritische Kommunalpolitiker, aber bis es so was wie kritische Bürgermeister gibt, ist es noch ein weiter Weg. Für die ist der Posten ein Sprungbrett für eine politische Karriere. Da kommen die PPP-Verträge und all die Kungelei, die damit einhergeht, gerade recht. Deshalb fordern wir auch so eindringlich deren Offenlegung.
Außerdem steht den Kommunalpolitikern ein Heer von „Beratern zur Seite", die alle mehr oder weniger direkt für die PPP-Branche arbeiten.

Wie reagieren die PPP-Befürworter darauf, dass sie Euren Widerstand nicht mehr ignorieren können?
Noch versuchen sie es mit Vereinnahmung: Wir werden jetzt häufiger zu Gesprächen eingeladen, ihre Vertreter kommen zu unseren Veranstaltungen, sie lesen unsere Mailinglisten mit – und sie passen ihre Werbestrategien unseren Argumenten an. Aber vielleicht ist der harte Polizeieinsatz bei „Stuttgart 21" ein Vorgeschmack darauf, was kommt, wenn Widerstand breiter wird.
Wir sind in der Auseinandersetzung gegen PPP noch weit davon entfernt, Tausende auf die Straße zu bringen. Aber dennoch geht es dabei um so viele Milliarden wie in Stuttgart und mehr. Wir brauchen einen langen Atem, und deshalb wünsche ich mir, dass alle PrivatisierungsgegnerInnen das Projekt „Gemeingut in BürgerInnenhand" als ihre Herzensangelegenheit annehmen und die Institution ideell und auch finanziell mittragen.

Interview: **Lena Bröckl**

Alternativenreiche Krisenpolitik

Umverteilen statt kürzen

Fotos: Fiona Krakenbürger

Überall in Europa werden rekordverdächtige Kürzungspakete aufgelegt. Die Schwerpunkte liegen dabei stets auf den sozialen Sicherungssystemen und dem öffentlichen Sektor. Das Kürzungspaket der Bundesregierung ist in diesem Sinne vorbildlich. Rund 30 Milliarden Euro sollen bei den EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II gespart werden. Der Bankensektor zum Beispiel wird hingegen lediglich nur mit 6 Milliarden Euro beteiligt. Diese Politik ist ökonomisch unsinnig und sozial inakzeptabel. Sie hat nur einen einzigen Zweck: die Abwälzung der Krisenkosten nach unten. Argumentativ vertreten wird sie – ganz im neoliberalen Stil – mit einer angeblichen Alternativenlosigkeit.

Richtig ist, dass eine Haushaltskonsolidierung notwendig ist. Die Krisenpolitik, insbesondere Konjunkturpakete und Bankenrettung, haben den Bundeshaushalt in einer Weise geschröpft, die politisches Gegensteuern erfordert. Richtig ist aber auch, dass das strukturelle Hauptproblem des Haushaltes auf der Einnahmenseite liegt. Die zahlreichen Steuerreformen der vergangenen Jahre haben reiche Privatpersonen und Unternehmen immer weiter aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entlassen. Hier klaffen gigantische Konsolidierungspotenziale, die im Kürzungspaket vollkommen außen vor gelassen werden.

Ein weiterer Kritikpunkt besteht in der vollständigen Ignoranz der Regierung gegenüber zweier weiterer Zieldimensionen einer vernünftigen Krisenpolitik. Angesprochen sind damit die Umverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands von oben nach unten und die De-Kommodifizierung, also eine Reduzierung der Marktabhängigkeit der Menschen.

Die Notwendigkeit der Wohlstandsumverteilung besteht zum einen als soziale Notwendigkeit. Denn dass in einem der reichsten Länder der Welt jedeR Fünfte von Armut betroffen ist, ist schlicht inakzeptabel. Zum anderen ergibt sich diese Notwendigkeit aus der Tatsache, dass in der enormen Polarisierung von Einkommen und Vermögen eine zentrale Ursache der aktuellen Krise und eine zentrale Gefahr bezüglich künftiger Krisen liegen. Denn es sind die gigantischen Vermögen in den Händen Weniger, die als „Spielgeld" im hochspekulativen Bereich der globalen Finanzmärkte eingesetzt werden und dadurch Blasen bilden, die zwangsläufig irgendwann platzen müssen.

Die De-Kommodifizierung ist notwendig, weil es der enormen Marktabhängigkeit der Menschen geschuldet ist, dass jeder wirtschaftlichen Krise automatisch eine soziale Krise folgt. Und ganz unabhängig von Krisen ist De-Kommodifizierung notwendig, weil der Arbeitsmarkt objektiv nicht in der Lage ist, alle Arbeitssuchenden zu integrieren (und das auf absehbare Zeit auch nicht sein wird) und weil Arbeitszwang selbst dann nicht wünschenswert wäre, wenn es genug Arbeitsplätze für Alle gäbe. Die Marktabhängigkeit macht Arbeitslosigkeit zur Armutsursache Nummer eins. Wer eine Politik betreibt, die die Marktabhängigkeit nicht reduziert, der nimmt deswegen wissentlich die Verarmung eines immer größeren Teils der Bevölkerung in Kauf.

Eine vernünftige Krisenpolitik muss also drei Ziele verfolgen: Konsolidierung, Umverteilung und De-Kommodifizierung. Das Kürzungspaket der Bundesregierung verfolgt ausschließlich das Ziel der Konsolidierung. Und das mit einem ziemlich kritikwürdigen Ansatz. In Hinblick auf die anderen beiden Ziele wirkt das Paket kontraproduktiv. Der ganze Sozialabbau und die Schonung von Banken, Reichen und Unternehmen verschärfen soziale Spaltung und Marktabhängigkeit.

Um die Existenz von Alternativen ganz praktisch zu veranschaulichen, hat Attac jüngst das „Umverteilungspaket" entwickelt und veröffentlicht (www.attac.de/umverteilungspaket). In diesem Paket wird eine Krisenpolitik vorgestellt, die alle drei Ziele berücksichtigt. In fünf Bereichen wird ein konkreter Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, durch den soziale Ungleichheit und Marktabhängigkeit erheblich reduziert

werden könnten. Gleichzeitig würde ein konsolidierender Effekt eintreten, der jenen des Kürzungspakets der Regierung deutlich übersteigt.

Die Alternativenlosigkeit der Krisenpolitik der Regierung ist (nicht erst) damit widerlegt. Und wenn es Alternativen gibt, dann erfordert das demokratische Postulat einen vollständigen Verzicht auf die Umsetzung des Kürzungspakets. Denn 79 Prozent der Bevölkerung wollen genau das. Ohne massiven Widerstand wird das Paket jedoch nicht zu stoppen sein. Widerstand ist daher nicht nur eine soziale, sondern auch eine demokratische Notwendigkeit.

Steffen Stierle, Attac-KoKreis,
Attac-Arbeitsgruppen „Lateinamerika" und „Solidarische Ökonomie"

Wirtschaften ohne Wachstum?

Der Attac-Kongress im Frühjahr 2011

Foto: Jakob Huber

2007 gab die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bekannt, dass es noch nie günstigere Rahmenbedingungen für weltwirtschaftliches Wachstum gegeben hätte; im Herbst 2008 erlebten wir die Kernschmelze der globalen Finanzindustrie.
Ende 2010 hängt der Sektor weiterhin am finanziellen Beatmungssystem der Zentralbanken und Regierungen. Die Weltwirtschaftskrise geht als Schwelbrand weiter. Das gegenwärtige dünne Wachstum in der BRD ist auf immensen zusätzlichen Krediten und dazu rein auf Exporten aufgebaut. Diese (öffentlichen) Kredite müssen bedient werden – die Strategien der Regierungen zielen wieder einmal einseitig auf Sozialabbau und Austerität. Wie auch vor der Krise geht Wachstum mit forcierter Vermögenskonzentration einerseits und Verarmung andererseits einher. Das gegenwärtige Wachstumsmodell ist ein Reichtumsprojekt für Wenige und steht insgesamt auf tönernen Füßen.

Daher ist es nicht zufällig, dass wir gegenwärtig eine Renaissance des Nachdenkens über andere ökonomische Systeme, über ein Wirtschaften ohne Wachstum erleben. Seit den 1970er-Jahren nehmen die Wachstumsraten der kapitalistischen Industrieländer stetig ab. Die Verlagerung der Ökonomie auf die Finanzmärkte, um hier das schnelle und große Geld zu machen, hat die Weltwirtschaft krisenanfällig gemacht. Gleichzeitig wirft die Doppelkrise des „fossilistischen" (auf Erdöl und Kohle beruhenden) Weltenergiesystems ihre verheerenden Schatten voraus: Die Fluten, in denen Pakistan in diesem Sommer ertrank, demonstrieren dramatisch die Folgen der Wetterextreme durch den Klimawandel. Kriege wie im Irak und Afghanistan oder die Straßenproteste gegen hohe Lebensmittel- und Energiepreise in 2009 deuten an, wie sich die kommende Energiekrise, insbesondere das baldige Erreichen des Fördermaximums von Öl (Peak Oil), auswirken wird.

Öko-keynesianistische Ansätze, mit Hilfe von Regulierungskonzepten und Investitionen wie in erneuerbare Energien und Bildung ein „nachhaltiges" Wachstum zu schaffen, greifen angesichts der Dimension der Verwerfungen der Weltwirtschaft und der Zerstörungen der Biosphäre zu kurz. Ein Abschied vom Wachstumswahn wird nicht gewagt, es geht ihnen ja gerade um die Dynamik eines neuen Wachstumszyklus. Eine solidarische Gesellschaft, die ohne die Nutzung eines „imperialen Umweltraums" (Öl aus Algerien, Kohle aus Kolumbien, Soja aus Brasilien etc.) auskommt und darauf zielt, Bedingungen zu schaffen, die allen weltweit die Verwirklichung sozialer Rechte ermöglicht, wird es so kaum geben können.

Dass es ein Problem mit dem Wachstum gibt, ist inzwischen in vielen Institutionen angekommen. Bei NGOs gibt es diverse Arbeitsgruppen, und die Diskussion wird von Klimacamps bis zu den Parteien geführt. Der Bundestag wird eine Enquete-Kommission dazu auf den Weg bringen. Dabei besteht die Gefahr, dass zwar die richtigen Fragen gestellt, die daraus folgenden weitreichenden und transformativen Antworten aber gescheut werden. Schließlich würde der ernsthafte Versuch einer Postwachstumsökonomie grundsätzliche Prinzipien der gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweise umstoßen.

Neue Fluchtlinie: Postwachstumsökonomie

Auf der internationalen Ebene sind die Diskussionen zu Wachstumskritik und zu Alternativen für eine Gesellschaft jenseits des Wachstums schon etwas weiter. Besonders in Südeuropa gibt es eine sehr lebendige Bewegung, die sowohl lokal in Netzwerken solidarischer Ökonomie verankert als auch transnational vernetzt ist. „Décroissance!" ist ihr Motto – was sich mit Ent-Wachstum nur unzureichend ins Deutsche übersetzen lässt.

Im kommenden Frühjahr, vom 20. bis 22. Mai 2011, wird der Kongress „Jenseits der Wachstumsgesellschaft!?" von Attac und diversen Partnern stattfinden. Gemeinsam soll offen und kontrovers über die Probleme der Wachstumsökonomie diskutiert und auch bei uns ein gesellschaftlicher Diskussionsprozess über Alternativen zum Wachstum, also über eine solidarische Postwachstumsökonomie angestoßen werden.

Strategisch geht es für Attac darum, jenseits von einzelnen Regulierungsvorschlägen und einer im Wesentlichen defensiven Bewegung gegen den Sozialkahlschlag Fluchtlinien eines neuen ökonomischen Horizonts zu entwickeln. Es bietet sich eine Chance, die Vielzahl an alternativen Konzepten (von der Finanzmarktregulierung über Arbeitszeitverkürzung, solidarische Ökonomie, Investitionskontrolle bis zum Grundeinkommen) auf einander zu beziehen. Denn schließlich schwant inzwischen vielen, dass es jenseits von Schadensbegrenzung und einigen Verbesserungen und angesichts der multiplen Krisen um eine ganz andere mögliche Welt geht.

Alexis J. Passadakis, Attac-KoKreis
Matthias Schmelzer, Attac KoKreis bis Herbst 2010

Mehr Infos und Kontakt:
www.attac.de/jenseits-des-wachstums
www.postwachstum.net
postwachstum@gmx.de

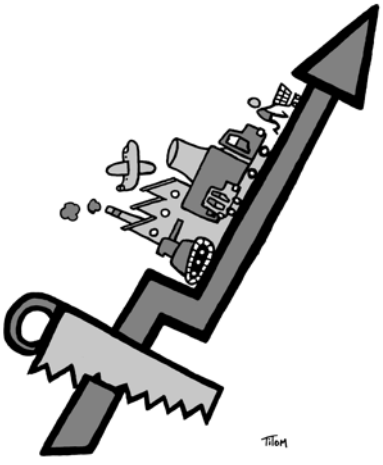


Illustration: titom

Wie man Ausschuss produziert

Integrationsrassismus und Alltagsrenitenz

Foto: boing@photocase.com

Das Ekelhafte am Fall Sarrazin sind nicht die Ergüsse eines Geisteskretins aus den besten Kreisen, sondern die Deckung, die ihm auf breitester Front zuteil wird. Perfiderweise werden dabei gleich zwei „Debatten" verschachtelt. Die eine handelt von gefährdeten BürgerInnenrechten und meint natürlich die des rassistischen Täters. So wünschen hunderte SPD-Mitglieder den Verbleib Sarrazins und fürchten um die innerparteiliche „Meinungsfreiheit". Millionen anderer Deutscher stellen sich spontan auf Sarrazins Seite und murmeln dazu mehr oder minder laut „Man wird doch wohl noch sagen dürfen …" – die Zauberformel, mit der rassistisches wie antisemitisches Gequatsche immer schon legitimiert wird. Kaum jemand merkt an, dass bei Sarrazins neoliberaler Modernisierung altvölkischer Standards eigentlich zu fragen wäre, ob nicht der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist. Dass solche Fragen nicht gestellt werden, hängt an der „Integrationsdebatte". In der springen JournalistInnen wie PolitikerInnen dem Alltagsrassismus bei, indem sie sich im ersten Zug pflichtschuldigst von der Blödigkeit Sarrazins distanzieren, um im zweiten Zug in der mangelnden „Integration" der EinwanderInnen das „Problem" auszumachen, das Sarrazin immerhin „benannt" hätte. Die Methode ähnelt exakt derjenigen, die dasselbe Personal schon Anfang der 1990er-Jahre praktiziert hat. Damals – erinnert man sich noch des Mobs von Hoyerswerda und Rostock? – wurde der mörderische Rassismus von Nazischlägern zum willkommenen Anlass, das Asylrecht abzuschaffen – trotz der Lichterketten der Gutwilligen. Wozu der Fall Sarrazin führen wird, ist noch unentschieden – die SPD jedenfalls überlegt, „integrationsunwillige" EinwanderInnen mit Strafen zu belegen: Was rechts von ihr zusammengebraut wird, dürfte nicht unterhalb der Zielvorgaben Gabriels liegen.

Bei solcher Ausgangslage sind zwei Punkte festzuhalten. Den ersten benennt der „Demokratie statt Integration" überschriebene Aufruf in der taz (www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/nein-zur-ausgrenzung) mit unüberbietbar klaren Worten: „Man kann diese Debatte nicht versachlichen, denn nichts an ihr ist richtig. (…) Wir wollen das Offensichtliche klar stellen. Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft. Das bedeutet: Wenn wir über die Verhältnisse und das Zusammenleben in dieser Gesellschaft sprechen wollen, dann müssen wir aufhören, von Integration zu reden. Integration heißt, dass man Menschen, die in diesem Land arbeiten, Kinder bekommen, alt werden und sterben, einen Verhaltenskodex aufnötigt, bevor sie gleichberechtigt dazugehören. Aber Demokratie ist kein Golfclub. Demokratie heißt, dass alle Menschen das Recht haben, für sich und gemeinsam zu befinden, wie sie miteinander leben wollen. Die Rede von der Integration ist eine Feindin der Demokratie."

Der zweite Punkt geht einen Schritt weiter. Tatsächlich belegen die Beschlüsse zur Neuregelung von Hartz IV unmissverständlich, dass „unsere Demokratie" vom Klassenkampf durchzogen wird – wahrnehmbar zunächst vom Klassenkampf von oben. Wenn der Klassenkampf von unten weniger wahrnehmbar ist, liegt das auch daran, dass selbst seinen AkteurInnen nicht immer klar ist, dass und wie sie ihr Leben längst im Widerstand gegen kapitalistische und rassistische Alltagsrealitäten führen. Dasselbe Nicht-Wissen tritt bei denen zu Tage, die gewollt oder ungewollt beim Klassenkampf von oben mitmischen: dort also, wo von „Integrationsunwillen" statt vom Recht des alltäglichen Widerstands die Rede ist. Im Klartext gesprochen: Viele Verhaltensweisen so genannten „Integrationsunwillens" sind tatsächlich Ausdruck klassenkämpferischer Renitenz. Damit ist nicht gesagt, dass alles super wäre, was da so üblich ist – es geht nicht um Sozialromantik. Doch ist damit gesagt, wie inkriminiertes Verhalten vorgeblicher „anderer" zunächst einmal wahrzunehmen wäre. Und: Es ist damit gesagt, wie umkämpft die Worte sind, die sich uns scheinbar „neutral" zur Beschreibung von Verhalten und Verhältnissen zusprechen. Das gilt noch dort, wo eingewandt wird, dass es bei alldem nicht um Differenzen der vorgeblich „eigenen" und der vorgeblich „fremden" Kultur gehe, sondern um Probleme der „Armut" deutscher wie nicht-deutscher „Unterschichten". Nochmals Klartext: Wir haben es nicht mit „Armutsproblemen", sondern mit solchen des gesellschaftlichen Reichtums zu tun – mit Fragen, genau besehen, der ungleichen Verfügung über seine Produktion und seine Produkte. Das meint nicht nur materielle, sondern auch immaterielle Produkte – Sprache zum Beispiel, Wörter und Diskurse. Hier gilt es, Abhilfe zu schaffen, auch mit den Mitteln, die in Gegenkulturen proletarischer Alltagsrenitenz erprobt werden. Deutscht uns nicht voll.

Thomas Seibert, Mitarbeiter von Medico International

Rückblick

7. Juli 2010

Protest gegen schwarz-gelbe „Kältedusche“

Eisiger Protest gegen das unsoziale Sparpaket: Kanzlerin Merkel und Arbeitsministerin von der Leyen (dargestellt von AktivistInnen) schütten vor dem Kanzleramt Eis auf frierende BürgerInnen und nehmen ihnen symbolisch ihr „letztes Hemd“. Organisiert haben die Aktion unter anderem Attac, Campact und Verdi.

19. Juli bis 16. September 2010

Soziale Bewegungen sammeln „letzte Hemden“

Attac sammelt gemeinsam mit Campact, Verdi, dem Aktionsbündnis Sozialproteste und der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-Initiativen bis zur Haushalts-Debatte im Bundestag „letzte Hemden“. Den ganzen Sommer über versehen BürgerInnen überall im Land ihre „letzten Hemden“ mit individuellen Slogans gegen das Sparpaket, in vielen Orten kommt es zu öffentlichen „Letzte-Hemden-Malaktionen“.

28. Juli bis 1. August 2010

Bewegung für Veränderung: Attac-Sommerakademie

800 GlobalisierungskritikerInnen aus ganz Deutschland treffen sich in Hamburg-Bergedorf zur Sommerakademie von Attac. In rund 100 Vormittagsseminaren, Workshops und Podiumsdiskussionen setzen sie sich mit den drei Themensträngen „Finanzmärkte entwaffnen“, „Umverteilung organisieren“ und „Klimagerechtigkeit erkämpfen“ auseinander. Zentrales Ergebnis des Treffens: Attac wird sich im Herbst mit nachdrücklichen Aktionen für eine Entmachtung der Banken und die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums stark machen.

30. Juli 2010

200 AktivistInnen blockieren Banken in Hamburg-Bergedorf

Mehr als 200 TeilnehmerInnen der Attac-Sommerakademie blockieren symbolisch vier Banken im Hamburger Stadtteil Bergedorf, um ihrer Forderung nach Zerschlagung von Großbanken und der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums Nachdruck zu verleihen.

20. August 2010

Attac ruft zu massenhaften Anti-Atomprotesten auf

Mit einem Aufruf, sich im Herbst massenhaft an den geplanten Anti-Atomprotesten zu beteiligen, reagiert Attac auf den dreisten so genannten „energiepolitischen Appell“, mit dem 40 Top-Manager die Bundesregierung zum Verzicht auf neue Energiesteuern und zum Weiterbetrieb von Atomkraftwerken drängen.

25. August 2010

Kabinett beschließt wirkungslose Bankenabgabe

So geht Symbolpolitik: Das Kabinett beschließt eine Bankenabgabe – Prädikat „weitgehend wirkungslos“. Rund 40 Jahre lang müssten die Banken in den Fonds einzahlen, um eine Krise wie die gegenwärtige auffangen zu können. Attac bleibt dabei: Notwendig sind eine Finanztransaktionssteuer, die Zerschlagung von Großbanken und die Beteiligung der Finanzmarkt-Profiteure an den Krisenkosten.

1. September 2010

Bundesregierung verabschiedet Sparpaket

Die Bundesregierung bleibt wild entschlossen, die Krisenlasten den Schwächsten der Gesellschaft aufzubürden und beschließt das Sparpaket. Attac fordert stattdessen, die öffentlichen Haushalte durch ein gerechtes Steuersystem zu entlasten, das Reiche und große Unternehmen endlich angemessen zur Verantwortung zieht.

6. bis 12. September 2010

Deutsche Bankenaufsicht blockiert Bankenregulierung

Ausgerechnet die deutsche Bankenaufsicht blockiert bei den so genannten Basel-III-Verhandlungen schärfere Regeln für Banken. Die beschlossenen Maßnahmen reichen denn auch bei Weitem nicht aus, um künftige Krisen zu verhindern. Attac stellt fest: Höchste Zeit für internationale Aufsichtsbehörden, die finanziell besser ausgestattet sind und mehr Kompetenzen haben.

15. September 2010

Robin Hood im Einsatz für Finanztransaktionssteuer

Kein Geld im Bundeshaushalt für Entwicklung, Klimaschutz und Soziales? Von wegen! Robin Hood zeigt, wie es geht: Mit prallen Geldsäcken, in denen die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer stecken, füllen als Robin Hood kostümierte AktivistInnen in Berlin eine leere, überdimensionale Haushaltskasse. Mit der Aktion kritisiert das Bündnis „Steuer gegen Armut“ den Haushaltsentwurf der Bundesregierung und fordert die Abgeordneten auf, sich für die Finanztransaktionssteuer in Europa stark zu machen.

16. September 2010

Letzte Hemden auf dem Laufsteg

Während die Abgeordneten drinnen über das Sparpaket der Regierung debattieren, ist draußen vor dem Bundestag eine Modenschau der besonderen Art zu sehen: Auf einem Laufsteg präsentieren BürgerInnen ihre „letzten Hemden“. Mehr als 2000 „letzte Hemden“ flattern rundum auf Wäscheleinen vor dem Reichstagsgebäude im Wind. „Reiche besteuern, statt Arme schröpfen“ fordern Attac, Campact, die Awo und weitere Bündnispartner mit dieser Aktion.

18. September 2010

Attac mit eigenem Block bei Anti-Atom-Demo

Unverantwortliche Klientelpolitik zu Gunsten der vier großen Stromkonzerne – so lautet das Urteil von Attac über die Atompläne der Bundesregierung. Klare Sache: Attac unterstützt die Anti-Atom-Demonstration in Berlin und beteiligt sich mit einem eigenen Block an ihr.

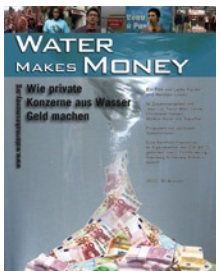
20. bis 26. September 2010

Woche des Grundeinkommens

Bereits zum dritten Mal läuft in mehreren europäischen Ländern die Woche des Grundeinkommens. Die Attac-Arbeitsgruppe „Genug für alle“ hat die Initiative gemeinsam mit Attac-Gruppen und Grundeinkommensnetzwerken aus Deutschland, Österreich und der Schweiz im Jahr 2008 gestartet.

23. September 2010

Premiere von „Water Makes Money“ in mehr als 100 Städten



Der Film „Water Makes Money“ feiert Weltpremiere in mehr als 100 Städten. Er dokumentiert das zweifelhafte Geschäft von Wasserkonzernen, die Folgen von Wasserprivatisierung und den erfolgreichen Widerstand dagegen. Attac-Gruppen beteiligen sich an vielen Premieren-Aufführungen mit Diskussionsveranstaltungen und Informationsständen.

27. September 2010

Statt kürzen: Attac präsentiert Umverteilungspaket

Mit dem „Umverteilungspaket“ belegt Attac, dass es eine soziale und wirtschaftlich sinnvolle Alternative zum Sparpaket der Bundesregierung gibt. Ziel des Konzepts ist es, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und zugleich die soziale Polarisierung und die Abhängigkeit der Menschen von Märkten zu verringern. Und siehe da: Um 25,3 Milliarden Euro würden die Attac-Maßnahmen den Bundesetat jährlich entlasten – deutlich mehr als die schwarz-gelbe Streichorgie.

29. September 2010

Bankenaktionen in 75 Städten

In mehr als 75 Städten demonstrieren Attac-Gruppen und lokale Bündnisse in und vor Banken für eine gerechte Verteilung der Krisenlasten und die effektive Regulierung von Banken. Der dezentrale Aktionstag, zu dem Attac aufgerufen hat, steht unter dem Motto „Großbanken zerschlagen – Reichtum umverteilen“. Die Bandbreite der Aktionen reicht von Straßentheater über Kranzniederlegungen bis zu Zivilem Ungehorsam. In Berlin besetzen und blockieren mehr als 150 AktivistInnen eine Filiale der Deutschen Bank am Ku’damm.

29. September 2010

Attac bringt Financial Crimes in Umlauf

Neues aus der Attac-Fälscherwerkstatt: Die Financial Crimes von Attac sieht dem Original, der Tageszeitung Financial Times, zum Verwechseln ähnlich. In dem Plagiat finden sich geballte Hintergrundberichte über Ursachen und Folgen der Finanzkrise. Beim Bankenaktionstag verteilen Attac-AktivistInnen in mehr als 130 Städten 120.000 Exemplare der Financial Crimes. Weitere 120.000 liegen am folgenden Tag der taz und dem Neuen Deutschland bei. Und, klar: Auch die Internetausgabe der Financial Times ist vor Fälschungen nicht sicher.

1. Oktober 2010

Attac unterstützt Proteste gegen „Stuttgart 21“

Attac erklärt sich mit dem Widerstand gegen „Stuttgart 21“ solidarisch und ruft alle BürgerInnen dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen – vor Ort oder dezentral in ihrer Nähe. In Stuttgart geht es längst um mehr als den Abriss eines Bahnhofsgebäudes und die Verschwendung von Steuergeldern für ein Größenwahnprojekt. Die Frage ist, in wessen Interesse Politik gemacht wird. Auf diese Frage haben die DemonstrantInnen in Stuttgart mit dem brutalen Polizeieinsatz eine deutliche Antwort erhalten.

Ausblick

29. und 30. Oktober 2010

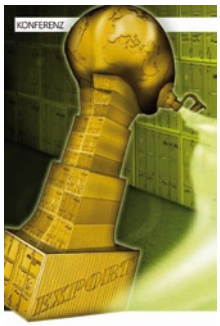
Klausur zur European Network Academy von Attac

Die Europäische Sommeruniversität von Attac im August 2008 war ein Riesenerfolg. Jetzt geht die Vernetzung weiter: mit der European Network Academy for Social Movements (ENA) vom 9. bis 14. August

2011 in Freiburg. Wer Lust hat, dieses europäische Attac-Projekt kontinuierlich durch konkrete Mitarbeit mitzugestalten, ist zur ENA-Klausur in Frankfurt am Main eingeladen. Anmeldungen: carolin.franta@attac.de

5. und 6. November 2010

Konferenz „Nie wieder Weltmeister?!“



Um Alternativen zur exportorientierten Handelspolitik geht es bei der zweitägigen Konferenz „Nie wieder Weltmeister?!“ in Berlin (Verdi-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10). In Workshops, bei Vorträgen und Podiumsdiskussion können sich die TeilnehmerInnen mit den Themen EU-Investitionspolitik, Alternative Trade Mandate, Agrarhandel, Menschenrechte, Rohstoffe, Indien und TRIPS, US Trade Act oder Landgrabbing auseinandersetzen. Veranstalter sind neben Attac unter anderem der Evangelische Entwicklungsdienst, Misereor, das Forum Umwelt und Entwicklung, WEED, Germanwatch und Oxfam.

13. November 2010

Dreimol null is null … Das Kölner Bildungstribunal

Es wird eine politische und teils satirische Aburteilung der deutschen Bildungsmisere: In vier Verhandlungsrunden geht es beim Kölner Bildungstribunal um „Die Bildungsferne der Kitas“, „Schule als Exklusionsinstrument“, „Unfreiheit der Hochschulen“ und „Bildung in der Krise – Wer soll das bezahlen?“. Organisiert wird das Tribunal von Attac Köln und dem Kölner Friedensbildungswerk. Kostenbeitrag zehn Euro, ermäßigt fünf. Anmeldungen an: ak-bebunal@gmx.de

20. und 21. November 2010

Klausur des Attac-Rats in Fulda

Der Attac-Rat diskutiert richtungsweisende Prozesse und weiterreichende Entscheidungen. Aufgabe des Attac-Rats ist es, die Ideen und Vorstellungen aller Teile von Attac zusammenzubringen. Details zur Klausur folgen auf der Homepage.

Alle Veranstaltungen im Internet: www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

Volksbegehren „Unser Wasser“

Direkte Demokratie am Beispiel des Berliner Wassertischs

In aller Kürze die bisherige Geschichte: Wir meinen, dass der Vertrag, mit dem 1999 die Berliner Wasserbetriebe zu 49,9 Prozent an RWE und Veolia verkauft wurden, sittenwidrig ist. Doch ein entsprechendes Gerichtsurteil setzt öffentlich zugängliche Texte voraus. Alle Privatisierungsverkäufe und PPP-Projekte funktionieren aber nur mit Geheimverträgen. Deshalb geht es in diesem Volksbegehren zuerst „nur“ um ein Gesetz zur Offenlegung der 1999 geschlossenen geheimen Verträge. Das wäre ein Meilenstein des Widerstands gegen derzeit laufende und schon geschlossene PPP-Verträge.

Wie können wir das erreichen? Beim Unterschriften sammeln wird klar, dass eine große Mehrheit Wasser als Profitquelle ablehnt. Es ist nicht ganz einfach, eine Kampagne nur für die Offenlegung von Verträgen und nicht gleich für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe zu starten. Und doch haben wir von den bis zum 27. Oktober 2010 erforderlichen 172.000 Unterschriften schon über 100.000 gesammelt.

Der Berliner Wassertisch wurde 2006 auf Initiative einiger Attacies zusammen mit anderen Berliner Wasserengagierten gegründet und ist angeregt durch die Wassertische in Venezuela. Es ist ein äußerst partizipatives Treffen von BerlinerInnen, die sich ganz auf dieses eine Thema konzentrieren. Sie kommen zum Teil auch aus Parteien, Gewerkschaften oder NGOs, aber nicht als Delegierte, die eine Verbandsmeinung durchzudrücken hätten, sondern als AktivistInnen, die ihre Fähigkeiten einbringen, unter anderem als JuristInnen, als KünstlerInnen, als SammlerInnen. Was im Konsens beschlossen wurde, wird letztlich von allen getragen.

Das Modell kommunaler Tisch, angelehnt an die Runden Tische nach der Wende, sollte nach unseren Erfahrungen von mehr Attac-Gruppen für ihre kommunalen Aktivitäten aufgegriffen werden - als ein Stück direkte Demokratie in Zeiten, in denen die politischen Eliten immer offensichtlicher gegen die Bevölkerung regieren.

Dorothea Härlin,
Attac Berlin und Berliner Wassertisch

Mehr Infos unter:
www.berliner-wassertisch.net
www.ppp-irrweg.de

Attac Rüsselsheim

Action et Education in einer ganz normalen Attac-Gruppe

Dass die Rüsselsheimer Attachés am Bankenaktionstag mit Financial Crimes, Angela Merkel, Josef Ackermann und Michel D. in der Fußgängerzone der Innenstadt aktiv waren und am Montag danach mit Vertretern von Banken und Lucas Zeise (Kolumnist der Financial Times Deutschland) über „Die Rolle der Banken vor, in und nach (?) der Krise“ diskutierten, entspricht ihrem Versuch, seit der Gründung im April 2002 dem Attac-Motto „action et education“ gerecht zu werden.

In den zwei AGs „Finanzmärkte & Soziale Sicherungssysteme“ und „Frieden & Gerechtigkeit“ arbeiten wir uns selbst in die entsprechenden Themen ein.

Um die Erkenntnisse zu vertiefen und nach außen zu tragen, gab es immer wieder Veranstaltungen mit Referentinnen und Referenten wie Werner Rügemer, Elmar Altvater, Sabine Leidig, Winfried Wolf, Heike Hänsel, Christoph Butterwegge, Gerhard und Ingrid Zwerenz und vielen anderen.

Und es gab Aktionen in der Fußgängerzone wie zur Zwei-Klassenmedizin mit den Zahnärzten Dr. Edel und Dr. Billig.

Elementar für die Attac-Gruppe ist die Vernetzung mit anderen Initiativen. So kooperieren wir häufig mit dem Sozialdekanat der evangelischen und der Betriebsseelsorge der katholischen Kirche. Mit diesen Partnern, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften arbeitet Attac im „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“ zusammen. Diesem Bündnis gelang es, die Kinderarmut in Rüsselsheim zu einem wichtigen Thema zu machen und auch einige Maßnahmen zu bewirken.

Mit den gleichen Bündnispartnern konnten wir Anfang 2006 die geplante Teilprivatisierung der Stadtwerke an Eurawasser/Suez durch Mobilisierung des BürgerInnenwiderstands und die Androhung eines BürgerInnenbegehrens verhindern.

Die AG „Frieden und Gerechtigkeit“ war Hauptträger der Rüsselsheimer Demonstrationen gegen den Irak-Krieg und hat sich kontinuierlich gegen die „Verteidigung unserer Sicherheit am Hindukusch“ engagiert. Auf ihre Initiative und einen daraufhin gestellten Antrag des kommunalpolitischen Bündnisses „Die Linke / Liste Solidarität“ geht auch die Deklaration von Rüsselsheim zur „City for Peace“ zurück.

Zusammen mit dem DGB lädt Attac jedes Jahr zu einer Antikriegstagsveranstaltung ein, immer wieder auch mit literarischen Inhalten, darunter 2010 eine Lesung und Diskussion mit Gerhard Zwerenz.

Gemeinsam mit der VDAS (Vereinigung Deutsch-Ausländische Solidarität) haben wir dieses Jahr eine Veranstaltungsreihe zu „Afrika, Migration, NATO und EU“ organisiert. Auch unsere Veranstaltung „Klimagerechtigkeit und Klimarettung – wie geht das und wer macht das?“ mit Alexis Passadakis und Dr. Jose Ramirez-Voltaire, der vom alternativen Klimagipfel in Cochabamba berichtete, wurde von der VDAS unterstützt.

Leider eine kurze Episode blieb die (allerdings erfolgreiche) Zusammenarbeit mit der Attac-Gruppe der Partnerstadt Evreux zur Unterstützung des französischen „Non“ zur neoliberalen EU-Verfassung.

Einmal im Monat gestalten wir bei Radio Rüsselsheim eine zweistündige Radiosendung.

Heinz-Jürgen Krug

Infos bei:
HeinzJKrug@aol.com

Attac-Freundeskreise

Mit wenig Aufwand große Wirkung erzielen

„Eigentlich müsste man endlich aktiv werden, aber meine Zeit und Energie reichen einfach nicht …“ Wer kennt das nicht, dieses Gefühl angesichts des alltäglichen Finanzmarkt- und Globalisierungswahnsinns endlich aufzustehen. Und gleichzeitig das ständige Gefühl der Überforderung im Beruf und oft noch in der Familie, das Gefühl endlich froh zu sein, abends zu Hause zu sein und nicht mehr aktiv sein zu müssen. Wenn das auch Deine Gefühlslage ist, dann könnten Attac-Freundeskreise eine Möglichkeit bieten – nämlich relevanten politischen Einfluss auszuüben, ohne sich zu überfordern. Ja, sogar dabei noch die Lebenslust zu steigern.

Im Kern dadurch, dass Du Dich mit FreundInnen oder KollegInnen, die ebenfalls mit Attac sympathisieren, triffst. Um sich

zum Beispiel bei Rotwein über ein aktuelles zentrales Attac-Thema zu informieren. In privater Umgebung und zu einem Zeitpunkt, an dem man sogar Lust auf Information und Diskussion hat, also am Wochenende außerhalb des Alltagsstresses. Mit wem, wann und wo – das entscheidet Ihr.

Aber worin liegt der Unterschied zu den leider folgenlosen Diskussionen, die man schon ständig privat führt? Durch die Bereitschaft dann, wenn's wirklich mal drauf ankommt, bei gut vorbereiteten bundesweiten Attac-Aktionen mitzumachen. So bei den äußerst wirksamen Bahnhofsaktionen 2007, die ein wichtiger Bestandteil beim erfolgreichen Verhindern der Bahnprivatisierung waren. Beim Sammeln von überraschend vielen Unterschriften unter eine Petition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wenn in zugespitzten politischen Entscheidungssituationen die doppelte oder zehnfache Zahl von Leuten vor Ort für einige Stunden aktiv wäre, dann könnte enorm viel mehr Veränderungsdruck erzeugt werden. Und auch dadurch, dass Ihr wichtige Informationen im eigenen Bekanntenkreis sachkundig weitergebt.

Dazu müsst Ihr keine AktivistInnen werden, müsst nicht unbedingt Attac-Ortsgruppensitzungen besuchen, müsst Euch nicht zusätzliche Pflichten aufhalsen. Es reicht mindestens sechs Mal im Jahr mit FreundInnen nach gemeinsamem Essen oder Plaudern die eine politische Informationsstunde abzuhalten, mit gut

Fotos: www.deinebahn.de

lesbarem Material von Attac zugesandt oder auf DVDs. Und besonders macht die grundsätzliche Bereitschaft, einmal im Jahr eine Attac-Aktion vor Ort zu unterstützen, aus ohnmächtigen ZuschauerInnen ein schlummerndes Machtpotenzial – wenn viele bei dieser Freundeskreisvernetzung mitmachen. Du hast Lust bekommen? Dann kannst Du unter:
freundeskreise@attac.de
einen kurzen Leitfaden zum Bilden von Attac-Freundeskreisen bekommen, mit ein paar wichtigen Punkten, Tipps und Adressen – und Vorschlägen für gute Diskussionen.

Hendrik Auhagen, Attac KoKreis

Attac vor Ort:

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
oder per mail an:
info@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Alexis J. Passadakis,
Gabriele Rohmann, Kay Schulze
V.i.S.d.P.:
Gabriele Rohmann

Aus der Fälscherwerkstatt: Die Financial Crimes

Fotos: Fiona Krakenbürger

Rund um den Bankenaktionstag machte ein neues Werk aus der Attac-Fälscherwerkstatt von sich reden: die Financial Crimes. Sie sieht einer bekannten Zeitung für den Finanzsektor auf den ersten Blick zum Verwechseln ähnlich. Doch statt der sonst üblichen tagesaktuellen Berichterstattung sind in dem Plagiat geballte Hintergrundberichte über Ursachen und Folgen der Finanzkrise zu lesen. Die von Großbanken drohenden Gefahren werden ebenso thematisiert wie Alternativen zum unsozialen und ungerechten Kürzungspaket.

Als AutorInnen der 8-seitigen Aktionszeitung konnte Attac viele prominente Schreiberinnen und Schreiber gewinnen. Der Journalist und Buchautor Harald Schumann, der Ressortleiter Politik bei der Süddeutschen Zeitung Heribert Prantl und der Kabarettist Georg Schramm sind ebenso mit an Bord wie Ulrike Hermann, Wissenschaftsredakteurin bei der taz.

Rund 120.000 Exemplare davon wurden von etwa 130 Attac-Gruppen vor Ort verteilt. Wer dennoch bislang keines der begehrten Plagiate ergattern konnte, findet unter: www.attac.de/financial-crimes weitere Informationen zu diesem Mediencoup und kann dort noch ein oder mehrere Exemplare der Zeitung bestellen.

wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
aber auch telefonisch unter:
069–900 281–10
per Fax an:
069–900 281–99
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Bitte, so vorhanden,
die [Bestellnummer] angeben.

Aus dem Attac-Shop

Steffen Stierle:
Reichtum und Armut:
Eine Verteilungsfrage
AttacBasistext 34
Broschiert, 96 S., 6,50 EUR,
[2060]

2009 waren erstmals in der Geschichte der Menschheit über eine Milliarde Menschen auf der Welt von Hunger betroffen. Und das, obwohl die landwirtschaftlichen Produktionskapazitäten ausreichen würden, um eine Weltbevölkerung von neun Milliarden Menschen zu ernähren, wie sie die UN als Anzahl der Weltbevölkerung für das Jahr 2050 prognostizieren. Auch in der westlich-kapitalistischen Welt, in Deutschland und Europa hat Armut stark zugenommen. So ist in Deutschland heute fast jedeR Fünfte von Armut betroffen. Besonders zu leiden haben Arbeitslose, Kinder und allein erziehende Mütter. Doch auch die Zahl der arbeitenden Armen hat sich im Kontext neoliberaler Politik der vergangenen beiden Dekaden spürbar erhöht.

Dem gegenüber steht immenser Reichtum in wenigen Händen. Über 60 Prozent des deutschen Gesamtvermögens vereinen sich auf nur 10 Prozent der Bevölkerung, die 500 größten globalen Konzerne verfügen über mehr finanzielle Mittel als die 133 ärmsten Länder gemeinsam. Die globale Gesellschaft verfügt zweifelsohne über die notwendigen Mittel, um Hunger und Armut auszurotten. Das Problem ist die Verteilung. Eine radikale Umverteilung scheitert an globalen Machtstrukturen und falschen Konzepten.

Was bedeutet Verteilungsgerechtigkeit und welches sind die wichtigsten Ursachen der höchst ungerechten Verteilung? Warum sind die traditionellen Mechanismen des Kampfes gegen die Armut so erfolglos und was wären sinnvolle Alternativen?

Der Autor Steffen Stierle ist Volkswirt und bei Attac aktiv im Koordinierungskreis, in der „AG Lateinamerika“ und in der „AG Solidarische Ökonomie“.

Mailingliste
Attac-LeserInnenbriefe

Kritische Sichtweisen gezielt in Tageszeitungen verbreiten

Foto: piripi@photocase.com

Die Berichterstattung in den Tageszeitungen ist oft einseitig und wichtige Hintergrundinformationen fehlen. Über persönliche LeserInnenbriefe können Attacies ihr kritisches Wissen einem größeren Publikum bekanntmachen. Der Aufwand hält sich in Grenzen, und das Ganze ist sogar kostenlos. LeserInnenbriefe werden erfahrungsgemäß häufig gelesen. So nutzen wir eine Chance, andere Meinungen öffentlich zu verbreiten in lokalen, regionalen oder überregionalen Zusammenhängen, an die wir sonst nicht herankommen.

Für Attacies mit wenig Zeit – aber Engagement

Ihr lest eine Tageszeitung und habt schon des Öfteren gedacht: Da müsste man eigentlich einen Leserbrief zu schreiben … aber dann hat Euch die Zeit gefehlt. Wir bieten Euch Unterstützung an! Auf der Mailingliste LeserInnenbriefe findet Ihr aktuelle LeserInnenbriefe anderer Attacies, die diese zur Inspiration und Weiterverwendung anbieten. JedeR kann die eingestellten LeserInnenbriefe als Grundlage nutzen, um eigene zu schreiben und zu versenden – vielleicht versehen mit einer persönlichen Note oder gar einem lokalen Bezug.

Für bereits aktive SchreiberInnen und Schreiber von LeserInnenbriefen

Ihr schreibt regelmäßig oder gelegentlich LeserInnenbriefe an Tageszeitungen? Schickt diese doch auch an unsere Mailingliste LeserInnenbriefe. Dort können sie anderen als Anregung und Informationsbaustein dienen. Eure Recherche- und Formulierungsarbeit kann so auch von anderen genutzt werden. Und wenn Ihr auf keine Liste wollt, schickt Eure Manuskripte einfach an die Listenmoderatorin Jutta
yubax@gmx.net
die sie dann weiterleitet.

Hier könnt Ihr Euch auf die Liste eintragen:
www.attac-netzwerk.de/kommunikation/mailinglisten

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069–900 281–10 oder per E-Mail an: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Von Stuttgart nach Gorleben

Für eine Demokratisierung der Verhältnisse!

Bei nahezu allen Kampagnen wird über die Jahre deutlich, dass die Demokratisierung der Verhältnisse eine der wichtigsten Maßgaben für das Engagement von Attac ist: Mit der Forderung nach demokratischer Kontrolle der Finanzmärkte hat sich Attac vor zehn Jahren gegründet. Undemokratische Entscheidungsstrukturen und Gremien – wie die G8 – sind Attacies ein Dorn im Auge. Und auch bei unserem Einsatz gegen Privatisierungen öffentlichen Eigentums nehmen wir immer wieder Geheimverhandlungen ohne demokratische Legitimation in den Fokus, wie aktuell in unserer PPP-Kampagne.

Wenig überraschend also, dass viele Attacies auch jetzt mitmischen, wo die Demokratie auf dem Prüfstand steht! Nicht nur dass die Bundesregierung unverblümt Klientelpolitik betreibt – nach Geschenkpaketen an Hoteliers und einer von der Pharmaindustrie maßgeblich mitgestalteten „Gesundheitsreform" sollen wir jetzt auch noch einen Atom„kompromiss" hinnehmen, der so faul ist, dass er zum Himmel stinkt. Die Anti-Atom-Bewegung, die sich in diesem Herbst eindrucksvoll und stärker denn je zurück meldet, hätte den politischen EntscheiderInnen ein warnendes Signal sein können, dass sich Politik nicht am Willen der Menschen vorbei machen lässt.

Stattdessen erleben wir zurzeit in Stuttgart, wie trotz leerer Kassen Milliarden für ein unsinniges Projekt verpulvert werden sollen. Und schlimmer noch: Wir erleben, wie hundertausenden Menschen das demokratische Recht zum Protest genommen werden soll, wie Bürgerinnen und Bürger von einem entfesselten Polizeiapparat brutal niedergekämpft werden, wie der Wille der Menschen nichts mehr gelten soll, wenn es um viel Geld geht – selbst wenn es ihr Geld ist. Viele Attacies unterstützen die Proteste der „Stuttgart 21"-GegnerInnen mit lokalen Aktionen oder auch direkt vor Ort.

„Mensch vor Profit" ist die Devise, auch wenn es gegen Atomkraft und für nachhaltige Energiepolitik geht. Attac wird auch bei den kommenden Anti-Atom-Protesten dabei sein. **Wir rufen alle auf, sich an den Protesten gegen den Castor zu beteiligen.** Es geht um nichts weniger als um unsere Demokratie!

Dafür brauchen wir auch finanzielle Unterstützung! Mit dem unten angehängten Überweisungsträger kannst Du unseren dauerhaften Einsatz für die Demokratisierung der Verhältnisse unterstützen. Nur steter Tropfen höhlt den Stein, und dafür braucht es eine tragfähige finanzielle Grundlage. Vielen Dank für Deine Hilfe!